

Marzahn- Hellersdorf

31. Jahrgang / Juni 2021

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Solargesetz für Berlin – was bedeutet das für Sie?

Die Klimakrise lässt uns keine Zeit mehr. Wir alle müssen handeln, wenn wir den nach uns Kommenden die Erde in ihrer Vielfalt erhalten wollen. Solarenergie ist die Form der erneuerbaren Energie, die in einer Großstadt wie Berlin am besten nutzbar ist. Konsequenterweise auf die Dächer oder Hausfassaden gebracht, könnten durch sie ein Viertel der Stromversorgung Berlins gesichert und damit fossile Brennstoffe als Energiequelle abgelöst werden.

Die Koalition hat deshalb 2020 den Senat beauftragt, ein Solargesetz auszuarbeiten. Der Entwurf dafür liegt jetzt vor und wird im Abgeordnetenhaus diskutiert. Dazu gab es bereits eine gemeinsame Anhörung im Wirtschafts- und Umweltausschuss. Daran nahm u.a. auch *Jochen Brückmann*, Präsident des VDBG, teil und machte auf Probleme, die der Verband für die Besitzer*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern sieht, aufmerksam. Darüber und über Lösungsmöglichkeiten für die Probleme habe ich am 12. Mai in einer Online-Veranstaltung mit ihm und mit *Michael Efler* (umweltpolitischer Sprecher der Berliner Linksfraktion) diskutiert (Die Aufzeichnung können Sie hier noch ansehen: bit.ly/YoutubeKittlerSchmidt)

Schwerpunkt des Solargesetzes soll die Verpflichtung für alle künftigen und gegenwärtigen Eigentümer*innen nichtöffentlicher Gebäude in Berlin sein, bei Neubau oder grundlegender Sanierung eines Daches, Solaranlagen auf dem Dach zu installieren. Für öffentliche Gebäude wird das im Energiewendegesetz in noch stärkerem Umfang zutreffen. Beim Neubau von Gebäuden waren sich alle Beteiligten in der Anhörung einig. Problematisch

sieht der VDBG als ein Interessensvertreter von Ein- und Zweifamilienhausbesitzer*innen die Verpflichtung für Häuser im Bestand. Kritisiert wurde vor allem die Verpflichtung, bei einer Grundsanierung des Daches, also z.B. Neueindeckung, 30 % der Dachfläche mit einer Solaranlage auszustatten, mindestens aber eine 3-kWp-Anlage. Eine 1-kWp-Anlage erzeugt übrigens 1.000 kWh im Jahr. Bei großen Häusern mit großen Dachflächen kann das ganz schön teuer werden. (Anm.: *Kilowatt-Peak oder kWp: Maß für die Leistung einer Photovoltaikanlage*)



Regina Kittler mit ihren Gesprächsgästen Michael Efler und Jochen Brückmann (v.l.n.r.).

Welche Kosten entstehen, ist sicher eine wichtige Frage für Hausbesitzer. Auch wenn es Fördermöglichkeiten und Härtefallregelungen gibt, ist das Gesetz sozial? DIE LINKE will sich genau dafür einsetzen und nimmt gerade die Kritik von Jochen Brückmann ernst. Wir finden es richtig, dass es eine Wahlmöglichkeit für Ein- und Zweifamilienhausbesitzer zwischen 30 % Solarfläche auf dem Dach und einer Mindestgröße von 3 kWp für die Anlage geben sollte und werden uns u.a. hier um Änderungen am Entwurf bemühen. Eine 3-kWp-Anlage verursacht Kosten in Höhe von

Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Unternehmerfrühstück / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 3: Petra Pau: Grundrechte / Aus den Siedlungsgebieten / Tempo 30 überall?

Seite 4: Kristian Ronneburg: Freie Ufer für alle! / Dagmar Pohle: Wohnungsneubau in Marzahn-Hellersdorf

Seite 5: Kurs auf das Volksbegehren / Aktion der Bundestagsfraktion im Bezirk

Seite 6: Termine / Hinten links: Die Sicherung des Friedens

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV im Mai / Hunde im Büro - warum eigentlich nicht? / • Drehscheibenstandort für Hellersdorf kommt / Weiteren Zugang zum Schlosspark Biesdorf öffnen

ca. 7.000 Euro. Die Anlage amortisiert sich nach 10 bis 15 Jahren. Dafür gibt es Fördermöglichkeiten durch die IBB und zum 1.7.2021 sollen sie noch mit einem Zusatzprogramm aufgestockt werden. Wer dieses Geld nicht aufbringen kann, für den gibt es zinsgünstige Kredite durch die IBB. Ich kann als Eigentümer*in die Aufgaben, die das Gesetz mir stellt, auch durch Energieunternehmen lösen lassen. Das wollen wir noch eindeutiger im Gesetz verankern. Neben den Berliner Stadtwerken gibt es auch andere Energiebetriebe, die das anbieten. Ich überlasse mein Dach zur Nutzung, und dann fallen mir keine Kosten an, im Gegenteil, ich bekomme auch vergünstigt ein Stromangebot. Die Beratungen sollen vor der Sommerpause abgeschlossen und das Gesetz dann auch (mit Änderungen) verabschiedet sein. Wir werden dann hier wieder berichten, welche Änderungen es am Gesetzesentwurf durch das Parlament gab!

REGINA KITTLER, MdB,
stellv. Vorsitzende der Linksfraktion Berlin
Direktkandidatin im Wahlkreis 4

Jetzt Mitglied werden!

Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums. **Hier kannst Du sofort und online Deinen Eintritt in die Partei DIE LINKE erklären.**

www.die-linke.de/mitmachen



Wahlkampf kostet!

Spenden für DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf bitte an:

DIE LINKE Berlin

IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803

VWZ: Spende M-H, Name, Vorname, Anschrift

Unternehmerfrühstück mit Dr. Axel Troost

„Corona-Exit? Nur mit Schulden!“

Petra Pau und Rolf Sukowski (OWUS) luden am 14. Mai 2021 zum Online-Unternehmerfrühstück mit Dr. Axel Troost, MdB (DIE LINKE), Mitglied im Finanzausschuss des Bundestages. Es ging auch um Corona, nicht die Inzidenzen oder Impfungen, sondern um die Finanzen und Folgen des Lockdowns. Diese sind Bestandteil des Bun-

regierung einen Zeitraum von 20 Jahren. DIE LINKE steht für eine zeitliche Streckung der Tilgung, weil damit die jährlich zur Verfügung stehenden (und dringend notwendigen) Finanzmittel, die durch den Wirtschaftseinbruch eh schon geringer ausfallen, nicht noch mehr geschmälert würden. Gerade in den Kommunen besteht in den ganz tra-

besätze liegen zwischen 1% und 5%.

Axel Troost riss im weiteren noch andere Möglichkeiten der Einnahmenerwirtschaftung an, die im Wahlprogramm thematisiert werden, wie z.B. die Erbschaftsteuer von Betriebsvermögen, eine Gemeindefinanzsteuer (statt der Gewerbesteuer), die Transaktionssteuer. Gestellt wurden auch Fragen nach einer möglichen Verstärkung der inflationären Tendenzen durch die Geldpolitik der EU oder der Verknappung der Kommunalfinanzen infolge der Corona-Krise. All das kann an dieser Stelle nicht mehr ausgeführt werden, deshalb zwei Hinweise:

Das Gespräch mit Axel Troost wird auch wieder auf der Internet-Seite „Petra Pau News“ eingestellt und läuft unter YouTube.

Die Power-Point-Präsentation von Axel Troost kann über die Mail-Adresse von Petra Pau petra.pau.wk01@bundestag.de angefordert werden.



Dr. Axel Troost (MdB/DIE LINKE) ist im Februar 2021 in den Bundestag nachgerückt, nachdem der aus Sachsen stammende Abgeordnete Michael Leutert sein Mandat niedergelegt hatte, um sich beruflich zu verändern.
Foto: Linksfraktion im Bundestag

HILKA EHLERT

destags-Wahlprogramms der LINKEN. Die steuer- und finanzpolitischen Aspekte dieses Wahlprogramms waren Gegenstand der Ausführungen von Axel Troost.

Zur Situation: Die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen führten in ganz Europa zu einem tiefen Wirtschaftseinbruch, tiefer als in vorangegangenen Krisen. Die Staatsverschuldung der EU-Staaten wuchs gigantisch, zum Teil bis zu 200 %, in der BRD auf 75 %. Mit der Tilgung der damit verbundenen Kreditaufnahme der Staaten soll im Jahre 2023 begonnen werden.

Im Wahlkampf wird also eine wichtige Frage sein: Wie soll nach der Wahl die Finanzpolitik aussehen?

Bei der Schuldentilgung veranschlagt die Bundes-

ditionellen Bereichen bereits jetzt ein Investitionsrückstand von 159 Mrd. Euro.

Die Erwirtschaftung von Mehreinnahmen des Staates durch eine Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer wird von der LINKEN auch in diesem Wahlkampf stark thematisiert.

Das Vermögensabgabe-Konzept sieht, bei Freibeträgen für privat in Höhe von 2 Mio Euro und für Betriebsvermögen in Höhe von 5 Mio. Euro, gestaffelte Abgabebesätze vor: Eingangsabgabebesatz 10% (ab 2 Mio. Euro) und Spitzenabgabebesatz 30% (ab 100 Mio. Euro). Es soll eine Tilgungsfrist von 20 Jahren geben. Diese Mittel könnten einem Corona-Lastenausgleich zugutekommen.

Auch die linear-progressive Vermögenssteuer sieht einen Freibetrag von 1 Mio. Euro vor. Die He-



Aus dem Bezirksvorstand: **Wir machen heiter weiter ...**

... ganz so, wie wir es im letzten Satz des Artikels der vorherigen Ausgabe versprochen. Ein tolles Beispiel hierfür sind die Veranstaltungen zum 1. Mai. In unserer kurz darauf stattfindenden Bezirksvorstandssitzung konnten wir erfreut feststellen, dass die anlässlich des Tages der Arbeit unter dem Motto „Für ein solidarisches Marzahn-Hellersdorf“ organisierte Fahrradtour sehr erfolgreich war. Der Bezirksvorstand (BV) ist sich einig: Der Dank gebührt sowohl den Organisator*innen als auch allen Teilnehmer*innen, die mit ihrer friedvollen Begeisterung für die Sache stets die erforderlichen Hygieneanforderungen und auch sonstige Spielregeln einhielten. Das währenddessen gedrehte und nach wie vor unter YouTube anzusehende Kurzvideo zeigt, dass Spaß und Engagement für Politik sich wunderbar miteinander in Einklang bringen lassen. Aufgrund der großen positiven Resonanz empfiehlt der BV, solche Fahrradtouren auch künftig zu veranstalten. Neben der eben genannten guten Atmosphäre überzeugt auch der werbe-

wirtschaftliche Nutzen buchstäblich schwarz auf weiß: Mit geringem Organisationsaufwand kann eine sehr gute Außenwirksamkeit und positive Wahrnehmung der LINKEN erzielt werden. Selbstverständlich müssen die Anlässe hierfür pietätvoll entschieden werden. Ehrungen, wie beispielsweise auch jene anlässlich des 8. Mai, werden vermutlich auch weiterhin eher individuell und/oder mit Kranzniederlegung gestaltet.

Die zweite unserer BV-Sitzungen im Mai war maßgeblich von der Einarbeitung eingegangener Änderungsanträge sowie sonstiger redaktioneller Wünsche für die in Bälde stattfindende 3. Tagung der 7. Hauptversammlung der LINKEN Marzahn-Hellersdorf geprägt. Der BV integrierte alle vier der bisher eingegangenen Anregungen und formulierte seinen Antrag neu.

Wenngleich sich die zur Verfügung stehenden Zeichen für diese Rubrik dem Limit nähern, soll

noch über das liebe Geld geschrieben werden. Nein, bitte keinen Schreck bekommen: Es gibt Gutes zu berichten. Die Mitglieder der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf haben ihren Bezirksverband bis dato außerordentlich großzügig bedacht. Dafür schreiben wir als der Bezirksvorstand: „Ein herzliches Dankeschön!“ Gleichzeitig möchten wir den Tipp geben, auch den Landesverband (LV) mit Wahlkampfspenden zu berücksichtigen. Ein Grund dafür ist, dass die bislang noch unter Plan gefüllte Wahlkampfkasse etwas mehr Polsterung nötig hat. Ein weiteres Argument ist, dass aufgrund der bezirklichen Umverteilung letztlich auch Marzahn-Hellersdorf von etwas mehr Cash in the LV-Täsch profitieren würde.

Wie wir diskussionswendigen Linken es gewohnt sind, kommt nun das Schlagfertigste zum Schluss: „Zu geben heißt nicht schenken, sondern säen.“

KARIN MÜLLER

Aus den Siedlungsgebieten: Für Transparenz und eine moderne Bildungspolitik in Berlin!

DIE LINKE setzt im Kampf um ein Direktmandat für Marzahn-Süd, Biesdorf und Friedrichsfelde-Ost auf die erfahrene Abgeordnete und Bildungspolitikerin Regina Kittler. Der von ihr vertretene Wahlkreis ist mit der Großsiedlung rund um den Helene-Weigel-Platz, Friedrichsfelde-Ost und Marzahn-Süd sowie dem Biesdorfer Siedlungsgebiet ein besonders hart umkämpfter Wahlkreis. Während die Konkurrenz von der CDU immer wieder mit Halbwahrheiten oder gar unwahren Behauptungen beim Wähler zu punkten versuchen, steht Regina Kittler für Transparenz und Klarheit. Im Wahlkreis entstehen bis zum Ende der Legislaturperiode im September 2021 knapp 1.700 Wohnungseinheiten. Regina Kittler setzt sich deshalb auch dafür ein, dass die soziale Infrastruktur entsprechend mitwachsen muss. Besonders Biesdorf-Süd hat einen erheblichen Mangel an Kita- und Schulplätzen. Die Verkehrsinfrastruktur muss weiter ausgebaut und erneuert werden. Deshalb setzte sie sich für den Ausbau der U-Bahnverbindung U5 in Richtung Hauptbahnhof, bessere ÖPNV-Verbindungen von Bus und Tram sowie für den Ausbau der Radwegeverbindungen im Wahlkreis ein. Neuralgische Punkte sind gerade im Neubau immer wieder mangelnde Parkplätze für Kfz aber auch für Fahrräder an den Verkehrsknotenpunkten. Der Wahlkreis hat gerade in diesem Jahr durch seine Gesundheitsstandorte mit dem

Unfallkrankenhaus Marzahn, dem Gesundheitszentrum Biesdorf, der Arona Klinik für Altersmedizin und dem Ärztehaus am UKB eine besondere Bedeutung weit über die Bezirksgrenzen hinaus. Regina Kittler steht dabei als aktive Gewerkschafterin immer an der Seite der Beschäftigten und unterstützt deren Forderungen nach einer angemessenen Bezahlung für deren Arbeit. Im Berliner Abgeordnetenhaus und in den gesellschaftlichen Zusammenhängen wird die Kandidatin der LINKEN für ihr antifaschistisches Engagement und ihre Sacharbeit in der Bildungs- und Kulturpolitik sehr geschätzt. Sie setzt sich konsequent für die Bildung von Gemeinschaftsschulen ein. Und sie widerspricht auch in der rot-roten-grünen Koalition laut und deutlich Ansätzen, die sie inhaltlich und politisch nicht vertreten kann.

Sie ist auch in den Zeiten der Pandemie an der Seite der Kinder, Eltern und Pädagogen und spricht sich stets dafür aus, die Schulöffnungen nicht zu einem Lotteriespiel um die Gesundheit zu machen. Der Präsenzunterricht soll erst dann umgesetzt werden, wenn es die Bedingungen erlauben. Regina Kittler berät sich dabei mit ihren Kolleginnen in der GEW und gehört unbedingt wieder in das Berliner Abgeordnetenhaus.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter

Tempo 30 überall?

Im Winter dieses Jahres „schockte“ eine Nachricht aus Pankow. Die dortige Linksfraktion hatte einen Antrag in die BVV eingebracht, auf fast allen Straßen des Bezirkes „Tempo 30“ anzuordnen. DIE LINKE begründete den von ihr eingebrachten Antrag mit „positiven Effekten auf die Verkehrssicherheit und sinkender Lärm- und Luftbelastung“. Selbst aus dem Hause der grünen Verkehrssenatorin Regine Günther hieß es denn aber, dass auch in „Pankow die Straßenverkehrsordnung gelte und die schreibe nun mal 50 Kilometer pro Stunde als Höchstgeschwindigkeit innerorts vor.“ „Es ist nicht möglich, pauschal Tempo 30 anzuordnen. Wir sind an die Bundesgesetze gebunden“, sagte der Sprecher der Senatorin.



te. Im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit einerseits und der zunehmenden Beanspruchung selbst kleinerer Netzergänzungsstraßen andererseits, aber auch mit dem notwendigen Beitrag des Verkehrs zur Begrenzung des Klimawandels, erlaube ich mir die Frage, ob nicht eine allgemeine Tempobegrenzung in der Stadt zu diskutieren wäre. Leistungsfähige Hauptstraßen kann und sollte man herausnehmen, das wäre aber quasi eine Umkehrung der einstigen Logik von der „freien Fahrt für freie Bürger“. Also sollten wir stadtwweit, das heißt auch in unserem Bezirk, „Tempo 30“ als Regelgeschwindigkeit fordern und uns zugleich für eine Bundesratsinitiative zur Veränderung der Straßenverkehrsordnung einsetzen – wobei einem dort noch weitere Aspekte einfallen würden, wie etwa das Parken von LKW in Wohngebieten.

FRANK BEIERSDORFF
Sprecher für Umweltpolitik
und alternative Verkehrspolitik

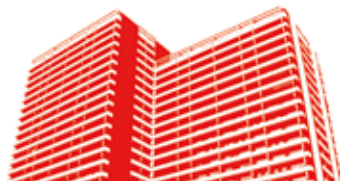
Dies ist für mich aber ein Beitrag aus einer vergangenen Zeit, in der man an den Fortschritt durch das Automobil und an eine autogerechte Stadt glaub-

Petra Pau (MdB): Grundrechte

Corona birgt vielfältige Konflikte und Debatten, weit über die grassierende Krankheit hinaus. Sie offenbart ohnehin bestehendes gesellschaftliches Unrecht, durch das Reiche auch vormdem schon immer reicher und Arme immer zahlreicher werden. Sie zeigt, wie fatal es war und ist, das Gesundheitswesen vielfach zu privatisieren und der Logik des Profits zu unterwerfen. Sie zeigt, wie systemrelevante Beschäftigte systemarrogant ignoriert werden. Und mit Verlaub: Auch das deutsche Impfsystem ist ein Jahr nach Corona-Ausbruch noch so weit von akzeptablen Standards entfernt, wie der Mond vom Müggelsee. Seit Wochen nimmt ein weiterer Konflikt Fahrt auf. Zur Einschränkung der epidemischen Gefahren wurden zahlreiche verbrieft Grundrechte außer Kraft gesetzt. Ausgangssperren, Versamm-



lungen, selbst Besuchsverbote sind nur einige von ihnen. Viele greifen tief und fatal in das Leben ein, etwa wenn Seniorinnen und Senioren ihre Heime nicht mehr verlassen und zugleich keine Angehörigen mehr empfangen dürfen. Ich weiß es aus eigenem Erleben: Das ist menschenunwürdig und nur schwer zu akzeptieren. Davor habe ich immer gewarnt, allemal, wenn Grundrechte per Verordnung, an Parlamenten vorbei ausgesetzt wurden. Das ist wider das Grundgesetz, meine ich. Nun gibt es seit Wochen eine weitere Debatte. Es geht um die Frage, sollen Geheilte und Geimpfte wieder volle Bürgerechte wahrnehmen, im Unterschied zu jenen, die weiterhin eine Corona-Gefahr in sich bergen? Vor Privilegien wider die Allgemeinheit wird gewarnt und mithin vor noch mehr gesellschaftlichen Spannungen, als es ohnehin schon gibt. Sind Gesunde eine Gefahr für Kranke? Ich bin überzeugt: Viele dieser Fragen und Klagen werden beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe landen. Aber natürlich bedarf das gleichwohl einer politischen Meinung. Und deshalb sage ich: Bürger- und Menschenrechte sind verbrieft und keine (politische) Handelsware. Bei wem es keinen belastbaren Grund gibt, seine Rechte einzuschränken, müssen diese gewährleistet werden. Alles andere würde Einfallstore für Willkür öffnen. Die einschlägige Debatte lenkt ohnehin ab, nämlich von der drängenden Frage: Was muss endlich getan werden, damit das Gesundheitswesen solidarisch wird und allen dient!



Bericht zur Bezirksverordnetenversammlung vom 27. Mai 2021

Biesdorfer Baggersee: CDU legt Badenden Steine in den Weg

Zukunft des Biesdorfer Baggersees

Mit unserer Priorität haben wir auf die aktuelle Situation am Biesdorfer Baggersee aufmerksam gemacht. Im März dieses Jahres versperrte die zuständige Bezirksstadträtin Nadja Zivkovic (CDU) den Uferweg mit Steinen, um Besucher*innen



am Baden zu hindern, wie unser Bild zeigt. Diese Maßnahmen kosten die Bürger*innen rund 90.000 Euro. Frau Zivkovic berichtete, es habe im Herbst 2020 eine Gesprächsrunde mit den Berliner Wasserbetrieben, der Polizei, dem Ordnungsamt, dem Grünflächenamt und anderen gegeben. Man sei zu

dem Entschluss gekommen, dass eine Etablierung als Badesee nicht möglich sei, da der Baggersee als Regenwasserrückhaltebecken nicht über eine entsprechende Wasserqualität verfüge. Unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein erklärte, dass es wichtig gewesen wäre, im Vorhinein den Dialog mit Anwohner*innen, Bürger*innen und der BVV zu suchen. Der Baggersee bietet für viele Menschen im Bezirk einen Naherholungsort, da Alternativen fehlen. Obwohl im Februar 2021 unser Antrag zur Verbesserung der Wasserqualität des Biesdorfer Baggersees beschlossen wurde, sind entsprechende Maßnahmen bislang nicht geprüft worden. Unser Verordneter Klaus-Jürgen Dahler machte darauf aufmerksam, dass sich die Menschen andere Zugänge zum Baggersee suchen würden, die deutlich gefährlicher seien.

Beschleunigung der Sanierung der Peter-Pan-Grundschule

Die Peter-Pan-Grundschule in Marzahn ist stark sanierungsbedürftig. Zwar wurden in den vergangenen Jahren die Turnhalle und Mobile Unter-

Die nächste Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 17. Juni 2021, 17 Uhr statt.

Weitere Infos unter:
<https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

richtsräume (MUR) saniert, jedoch gibt es etliche bauliche Mängel am Hauptgebäude der Schule. Die Grundschule müsste also grundsaniert werden. Der für dieses Jahr geplante Sanierungsbeginn wurde bereits verschoben. Eine Fertigstellung der Sanierung ist mittlerweile für 2028 geplant. Das ist für unsere Fraktion nicht haltbar. Entsprechend haben wir einen Antrag eingebracht, um die Sanierung der Peter-Pan-Grundschule zu beschleunigen. Dieser wurde nach der Beratung in den Ausschüssen nun mehrheitlich von der BVV beschlossen.

Schwimmen im Bezirk

Mit einer gemeinsamen Priorität machten wir auf das Schwimmen und Baden in Marzahn-Hellersdorf aufmerksam. Thema war auch die Helmut-Behrendt-Schwimmhalle. Die Sanierungsarbeiten der Schwimmhalle dauern weiter an. Die Wiedereröffnung ist nun für den 19. Juli 2021 geplant. Die ständigen Verzögerungen verdeutlichen noch einmal, dass wir unbedingt eine zusätzliche Schwimmhalle brauchen, um mehr Kapazitäten zu schaffen. Dafür hatte die BVV bereits im August 2020 einen Antrag unserer Fraktion für eine Schnellbauschwimmhalle mehrheitlich beschlossen. In der diesmaligen BVV-Sitzung stellte sich nun heraus, dass Bezirksstadtrat Gordon Lemm (SPD) den Antrag bisher anscheinend nicht bearbeitet hat.

Weitere beschlossene Drucksachen (mit Beteiligung) der Linksfraktion:

- Fach- und Interventionsberatungsstelle bei häuslicher Gewalt im Osten Berlins einrichten
- Sanierung der Peter-Pan-Grundschule beschleunigen!
- Zukunft des Sportes umweltfreundlich gestalten I
- Toilettenstandorte umgehend nachmelden!
- Erfolgreiches Bürgerhaushaltsverfahren fortführen und weiterentwickeln
- Finanzierung des Familiengutscheins sichern
- Fairer Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen
- Alles unter einem Dach - Bürgerhäuser entwickeln!

Hunde im Büro - warum eigentlich nicht?

Unser Bürgerdeputierter Matthias Scheppler regte kürzlich an, über die „Mitnahme von Hunden ins Büro“ nachzudenken. Das Thema, welches in unserer Fraktion teilweise umstritten war, wird in manchen Kommunen bereits umgesetzt. So läuft gegenwärtig in Berlin-Spandau ein bisher erfolgreiches Modellprojekt.

Die Linksfraktion in Tempelhof-Schöneberg stellte den Antrag, im Falle einer positiven Evaluierung des Projektes in Spandau, dieses auch in ihrem Bezirk umzusetzen. Worum geht es dabei? Angestellten sollte die Möglichkeit gegeben werden, unter bestimmten Voraussetzungen ihr Haustier, insbesondere einen Hund, in das Büro mitnehmen zu können. Man geht davon aus, dass sich das nicht nur positiv auf das Befinden und die



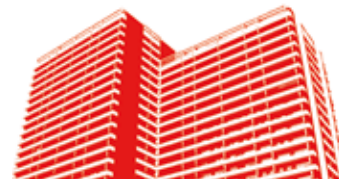
artgerechte Haltung der Tiere auswirkt, sondern auch auf die Arbeitsatmosphäre. Weiterhin könnte dadurch auch die Attraktivität der öffentlichen Hand als Arbeitgeber steigen. Was wären erforderliche Voraussetzungen? In allen bisher bekannten Projek-

ten dieser Art verlangt man, dass die Tiere stubenrein und gut erzogen und - ggf. auch amtlich attestiert - frei von Aggression sind. Außerdem müssen Ruhe- und Spiel- bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Fressnapf und Wasser vorhanden sein.

Ich hoffe, dass wir weiterhin hierüber in Diskussion bleiben und das Thema „Hunde im Büro“ spätestens in der kommenden Wahlperiode auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf aufgegriffen werden kann.

FRANK BEIERSDORFF

ELLEN WERNING



Drehscheibenstandort für Hellersdorf kommt

In der Sebnitzer Straße in Hellersdorf soll in den kommenden Jahren ein Drehscheibenstandort entstehen. Diese Drehscheibenschule fungiert als Ausweichquartier, in das ganze Schulen bei Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen ausgelagert werden können, um Schüler*innen zu beschulen. Insgesamt können dorthin bis zu dreißig Grundschulen ausgelagert werden.

Aktuell befindet sich das Bezirksamt in den Planungen für den Standort Sebnitzer Straße. Bis März nächsten Jahres sollen die Planungen abgeschlossen sein. Danach beginnen die Bauarbeiten auf der Freifläche. Die Fertigstellung der Drehscheibenschule ist für Mitte 2025 geplant.

Wir als Linksfraktion fordern so einen Drehscheibenstandort schon lange. Eigentlich bräuchte Marzahn-Hellersdorf mindestens drei solcher Standorte, um entsprechend auf Schulsanierungen oder -erweiterungen zu reagieren. Dass nun wenigstens ein Standort entstehen wird, ist natürlich dennoch ein großer Fortschritt. Somit wird der Fokus auf den Neubau gelegt.

Der Neubau von solchen Ausweichstandorten ist wesentlich praktikabler als die Anmietung von Objekten. Der Ausweichstandort an der Sebnitzer Straße macht Komplettsanierungen möglich – belastende, zeitaufwendige Einzelmaßnahmen



Die Kolibri-Grundschule in der Schönwalder Straße im Bezirksteil Hellersdorf

können dementsprechend vermieden werden. Damit kann nun endlich der Sanierungsstau an den Schulen abgebaut werden. Nach seiner Nutzung

als Ausweichstandort kann die Drehscheibe als regulärer Schulstandort genutzt werden.

SARAH FINGAROW / STEFFEN OSTEHR

Weiteren Zugang zum Schlosspark Biesdorf öffnen



Auf Antrag der Linksfraktion hat die BVV am 29. April beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, das vierte Tor zum Schlosspark Biesdorf zu öffnen. Im Interesse der Gesundheit aller Erholungssuchenden und der Steigerung der Aufenthaltsqualität im Schlosspark ist das ein richtiges Vorhaben.

Bürger*innen, die sich nicht mit dem Auto auf den Weg zum Schlosspark Biesdorf machen, sondern zu Fuß oder mit dem Fahrrad aus Richtung Biesdorf oder vom U-Bahnhof Elsterwerdaer Platz kommen, kennen folgende Situation: An der großen Straßenkreuzung Alt-Biesdorf / Blumberger Damm ist bereits die Außenmauer erreicht, aber in den Park hinein geht es nicht. Es bleibt eine unerfreuliche Wegstrecke entlang einer dieser beiden vielbefahrenen Hauptstraßen, bevor entweder das Tor an der Versöhnungskirche oder der Eingang gegenüber dem Theater am Park erreicht ist.

Völlig unnötig werden zu Fuß Gehende weiter Feinstaub und Lärm ausgesetzt, denn in unmittelbarer Nähe der Magistralenkreuzung befindet sich ein weiteres Tor. Dieses ist jedoch seit Jahren geschlossen. Da zurzeit die Sanierung und Ertüchtigung sämtlicher Wege im Schlosspark vorbereitet wird, ergibt sich eine gute Gelegenheit, auch das vierte Tor und den dahinterliegenden Weg ebenfalls renovieren und so der Allgemeinheit zu öffnen.

OLAF MICHAEL OSTERTAG



Kristian Ronneburg (MdB): Freie Ufer für alle!

Berlin ist eine Stadt am Wasser, seit ihrer Gründung geprägt von Wasserlagen und Ufern. Die Ufer sind gemeinschaftliches Gut und öffentlicher Raum. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen freien Zugang zum Wasser haben.

Deshalb hat die rot-rot-grüne Koalition im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der vorsieht, alle Ufer der Berliner Gewässer grundsätzlich öffentlich zugänglich zu machen und so naturnah wie möglich zu gestalten.

Der Berliner Senat wird unter anderem aufgefordert, öffentliche Uferwege durch Bebauungspläne zu sichern und die Bezirke in diesem Bemühen zu unterstützen. Leitlinien für die innerstädtischen Wasserlagen im Hinblick auf die Erholungsnutzung, öffentliche Zugänglichkeit von Uferbereichen, gemischte Nutzungsstrukturen und preiswerten Wohnraum sollen weiterentwickelt und entsprechend auch Leitlinien für Wasserlagen in den Außenbezirken aufgestellt werden.

Zudem soll eine Übersicht über bereits freie und noch private Uferwegflächen in Form einer lesbaren Uferwegkarte der Stadt Berlin entstehen. Die Koalition beauftragt den Senat, in Zusammenarbeit mit den Bezirken ein Berliner Uferwegkonzept vorzulegen und aufzuzeigen, wie alle Berliner Uferwege öffentlich zugänglich werden.

Mit diesem Beschluss untermauert Rot-Rot-Grün den politischen Willen, den Menschen die Stadt

zurückzugeben. Heranrückende Wohnbebauung an Ufern sowie die Privatisierung und Einzäunung unserer Gewässer sollen ein Ende haben. Wichtig ist dieser Beschluss auch für den Bezirk

Marzahn-Hellersdorf, schließlich versucht hier eine Partei, die CDU, in besonderer Art und Weise alle möglichen Grün- und Wasserflächen der Öffentlichkeit zu entziehen und vorzuenthalten.



Dagmar Pohle:

Wohnungsneubau in Marzahn-Hellersdorf – wo stehen wir!

3.818 genehmigte Neubauwohnungen im letzten Jahr im Bezirk sprechen eine Sprache für sich, wenn es darum geht, in welchen Bezirken derzeit am meisten gebaut wird und gebaut werden kann. Kein Berliner Bezirk konnte derart viele Baugenehmigungen für die Errichtung von Wohnungen erteilen. 21 % der genehmigten Neubauwohnungen in ganz Berlin entfielen auf den Bezirk.

Das stößt nicht nur auf Zustimmung im Bezirk, gibt es doch auch Sorgen, dass zu viel Grün verloren geht und bisherige Freiräume zugebaut werden. Allerdings sind es vielfach in den letzten Jahren zugewachsene Bauflächen, die in den Focus neuer Bauvorhaben gerückt sind.

Das Gut Hellersdorf mit 1.500 Wohnungen, die Marchwitzastraße mit 237 Wohnungen, die Tangermünder Straße mit 180 Wohnungen, die Mittenwalder Straße mit 173 Wohnungen oder der Havelländer Ring mit 133 Wohnungen sind einerseits ein Beispiel für größere genehmigte Bauvorhaben in Marzahn-Hellersdorf, andererseits aber auch Fingerzeig dafür, dass im gesamten Bezirk gebaut werden wird.

Nach Jahren des Rückbaus von Wohnungen und des Verlustes an Einwohner*innen blüht unser Bezirk auf und ist wieder eine gute Adresse für junge Familien und Menschen, die ein großzügiges Wohnumfeld schätzen, ohne dabei von den Vorzügen des Großstadtlebens zu weit entfernt zu sein. Weitläufige Grünanlagen entlang der Wuhle, Nah- und Freizeiterholung in den Gärten der Welt und eine gute soziale Infrastruktur sind Aushängeschilder des Bezirkes, auf die Bürgerinnen und Bürger zu Recht stolz sein können.

Ich freue mich zudem darüber, dass der Bezirk einen wichtigen Beitrag dazu leistet, ausreichend bezahlbaren Wohnraum in Berlin bereitzustellen. Die Kooperationen mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen funktionieren sehr gut und zeigen dem Bezirksamt, dass die Wohnungswirtschaft die Potentiale unseres Bezirkes ebenso schätzt und bereit ist, Wohnraum für jeden Geldbeutel bereitzustellen.

Diesen Pfad sollte der Bezirk beibehalten. Ermutigend ist für mich ebenso, dass es gelingt, auch Genossenschaftlichen Flächen für genossenschaftlichen Wohnungsneubau zur Verfügung zu stellen. Dennoch darf es im Bezirk nicht zu Wachstums-

schmerzen kommen. Denn bei aller Freude über den Neubau und die Aufwertung des Bezirkes darf nicht vergessen werden, dass Schulen, Kitas, Kultureinrichtungen und ausreichend Freiflächen weiterhin zur Verfügung stehen müssen. Besonders das Schulthema wird in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung zunehmen. Das Bezirksamt macht seine Hausaufgaben und die notwendigen Arbeiten für Sanierung und Ausbau der Schulinfrastruktur laufen auf Hochtouren. Vom Land erhofft sich das Bezirksamt, dass der Bezirk tatkräftig unterstützt wird, Planungen und verabredete Schul- und Sporthallenmaßnahmen schnellstmöglich umzusetzen. Denn ich möchte, dass die Menschen nicht nur zu uns kommen, sondern auch gerne bei uns im Bezirk bleiben und ihr neues Zuhause in Marzahn-Hellersdorf zu schätzen wissen.

Wahlkampf

ist oft Wetschwimmen
im Wasserglas

JANINA NIEMANN-RICH

Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ sammelt im Bezirk Kurs auf das Volksbegehren

Der 15. April war ein schwarzer Tag für die Mieterinnen und Mieter in der Stadt Berlin: Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass der Berliner „Mietendeckel“ gegen das Grundgesetz verstoße, weil nur der Bund - und nicht die Länder - das Mietrecht regeln dürfte. Bei den Immobilienkonzernen knallten hingegen die Sektorkorken. Die Aktienkurse von Deutsche Wohnen, Vonovia und Adler Group schossen in die Höhe, und auf den Immobilienportalen gab es auf einmal wieder zahlreiche neue Angebote zu unverschämten Mietpreisen. Es zeigt sich: Wir brauchen eine Mehrheit für ein soziales Mietrecht im Bund - und wir müssen auf Landesebene noch stärker darauf drängen, das Wohnungswesen dem Finanzmarkt zu entziehen!

Dementsprechend nahm auch die Kampagne für das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ noch weiter an Fahrt auf. Ende April waren bereits 130.000 Stimmen gesammelt, von denen ca. 98.000 gültig sind (nur Menschen mit Hauptwohnsitz in Berlin sind stimmberechtigt). Insgesamt 175.000 müssen es bis Ende Juni werden. Am 10. Mai stellte die Kampagne ihren Entwurf für ein Vergesellschaftungsgesetz vor, und Ende Mai veranstaltete sie ein „Enteignungs-Camp“ mit Workshops und Sammelaktionen.

Die Initiative strebt an, auf Grundlage von Artikel 15 des Grundgesetzes die Bestände aller privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Einheiten in gesellschaftliches Eigentum zu überführen - das würde in Berlin ca. 240.000 Wohnungen betreffen. Unternehmen in öffentlichem Eigentum oder in kollektivem Besitz der Mieterschaft sowie gemeinwirtschaftlich verwaltete Unternehmen sollen dabei rechtssicher ausgenommen werden.

Trotz alledem streut die CDU aktuell Hochglanzbroschüren, in denen sie wahrheitswidrig behauptet, dass auch Wohnungsgenossenschaften enteignet werden sollen, und dass den Genossenschaftsmitgliedern durch die Vergesellschaftung höhere Mieten drohen. Dieselbe CDU übrigens, die gemeinsam mit der FDP gegen den Mietendeckel geklagt hat, und die 2020 bundesweit 1,25 Millionen Euro Parteispenden aus der Immobilienbranche erhalten hat - davon allein 800.000 Euro Spenden von dem Immobilieninvestor Christoph Gröner an den Berliner CDU-Landesverband. Man kann sich ausrechnen, wie sehr dieser Partei die Mieterschaft am Herzen liegt.

Auch bei uns wird fleißig für das Volksbegehren gesammelt. Zwar verfügt der Bezirk über einen besonders hohen Anteil an kommunalem und genossenschaftlichem Wohnraum, doch auch hier hält der Konzern Deutsche Wohnen rund 15.000 Wohnungen. Zudem wies Marzahn-Hellersdorf im letzten Jahr das höchste Bevölkerungswachstum von allen Berliner Bezirken auf, während die Einwohnerzahl in allen Innenstadtbezirken sank - die Mietsteigerungen innerhalb des S-Bahn-Rings wirken sich also auch indirekt durch größeren Druck auf den Wohnungsmarkt hier aus. Um dauerhaft leistbare Mieten sicherstellen zu können, braucht es auf gesamtstädtischer Ebene mehr gesellschaftlich verwalteten Wohnraum.

Das Kiezteam von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ führt bereits regelmäßige Sammelaktionen in Marzahn-Hellersdorf durch.

DIE LINKE unterstützt die Initiative nach Kräften und hat sich vorgenommen, im Bezirk mindestens 1.500 Unterschriften zu sammeln. Dabei ist jede Unterstützung willkommen! Materialien und Unterschriftenlisten sind in der Geschäftsstelle (Henny-Porten-Str. 10-12) und in den Abgeordnetenbüros von Manuela Schmidt und Regina Kittler (Helene-Weigel-Platz 7) sowie Kristian Ronneburg (Cecilienplatz 5) erhältlich.

MARKUS WOLLINA



Aufbruch für ein gerechtes Land



Da kam was Großes auf uns zu! Unter dem Motto „Aufbruch für ein gerechtes Land“ war die Linksfraktion des Bundestages am 27. Mai in Marzahn-Hellersdorf unterwegs.

Mit im Gepäck: ein Riesenbanner mit Kran. Dabei wurde informiert zu den Forderungen und Vorstellungen der LINKEN, wie unsere Republik gerechter und lebenswerter werden kann.

Gefordert werden eine Vermögensabgabe für Superreiche, weniger Rüstung, mehr Rente und ein Systemwechsel im Krankenhaus- und Gesundheitssystem.

Die Aktion fand auf dem Alice-Salomon-Platz in Hellersdorf, wie hier auf unserem Foto zu sehen ist, und vor dem Eastgate in Marzahn statt.

Dort kamen viele Bürgerinnen und Bürger gerne mit ihrer Bundestagsabgeordneten Petra Pau ins Gespräch.

Text und Foto:
HEIDI WAGNER

Tipps und Termine

Petitionsübergabe

● **8.6., 15 Uhr**, Krankenhaus Kaulsdorf, Übergabe der Petition der Berliner Krankenhausbewegung für mehr Personal, faire Löhne (TVöD für alle) und bessere Patient*innen-Versorgung an die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses, mit Regina Kittler, Manuela Schmidt, Stefanie Wagner-Boysen und Kristian Ronneburg

Politik isst Wurst

● **9.6., 17 Uhr**, Hellersdorfer Promenade 14, vor dem Bunten Haus, Veranstaltungsreihe „Politik isst Wurst“, organisiert vom Roten Baum, mit Politiker*innen aller demokratischen Parteien. Mit Steffen Ostehr und Kristian Ronneburg.

Eröffnung

● **19.6.**, Eröffnung des Kunst- und Schulgartens im Kunsthaus Flora, Florastraße 113, mit Stefanie Wagner-Boysen und Juliane Witt. Weiter Informationen unter stefanie-wagner-boysen.de

Politik isst Wurst

● **22.6., 17 Uhr**, Clara-Zetkin-Park, Niemecker Straße, Veranstaltungsreihe „Politik isst Wurst“, organisiert vom Roten Baum, mit Politiker*innen aller demokratischen Parteien. Mit Juliane Witt und Bjoern Tielebein.

Rotes Sofa

● **23.6., 18 Uhr**, Rotes Sofa, Lesung open air auf dem Helene-Weigel-Platz, weitere Infos über Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt

„Wer nicht in der Welt wie in einem Tempel umhergeht,
der wird in ihr auch keinen finden.“

Rahel Varnhagen (1771-1833), deutsche Schriftstellerin

Hinten links:

Die Sicherung des Friedens ...

... sehen die Russen als die vorrangigste Aufgabe ihrer Politik. Wer sollte das angesichts der schlimmen Erfahrungen, die die Völker der Sowjetunion mit ihren mehr als 27 Millionen Opfern und „verbrannter Erde“ im Zweiten Weltkrieg machen mussten, nicht verstehen? Am 21. Juni jährt sich der Tag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion zum 80. Mal.

Das heutige Territorium der nunmehr Russischen Föderation ist sichtbar verkleinert.

Wer auf eine Atlaskarte schaut, sieht an deren West- und Südgrenzen noch immer die ehemaligen Sowjetrepubliken – was man nicht sieht, sind dort die heute gegen die Russen aufgestellten militärischen Kräfte, darunter NATO-Truppen.

Wen wundert's, dass angesichts dessen und des US-Raketenschildes rundherum die Russische Föderation in den zurückliegenden fünf Jahren ihr modernes Interkontinental-Raketen-Potential verzehnfacht und das der Mittelstreckenraketen bis 4.000 km Reichweite verdreißigfacht hat?

Jeder Mann und jede Frau weiß, dass nach wie vor die USA in dieser Welt die stärkste Militärmacht sind und über die mit Abstand meisten Atomwaffen verfügen.

Frage

Was wäre Klimaschutz noch wert, gelänge es nicht, die Kriegsgefahren zu bannen?

R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» **15.6.**, 19 Uhr - bis auf Widerruf per Videokonferenz (Einwahldaten bitte telefonisch erfragen)

Basis-Koordinierungsberatungen

» **3.6., 17 Uhr**, BO WK 5, Ort bitte erfragen

» **3.6., 19 Uhr**, BO WK 1, per Video-/Telefonkonferenz

» **5.6., 2.7.** jeweils **17.30 Uhr**, GMV WK 4, per Video-/Telefonkonferenz

» **8.6., 17.30 Uhr**, BO WK 2, per Video-/Telefonkonferenz

» **8.6., 19 Uhr**, BO WK 3 + 6, per Video-/Telefonkonferenz

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» **16.6., 10-12 Uhr**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, unbedingt vorher telefonisch anmelden unter: 030 99289380

» **16.6., 14 Uhr**, Bürgersprechstunde auf Facebook:

<https://www.facebook.com/PetraPauMaHe>

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Tel.: 030 54980323, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» Tel.: 030 54980322, E-Mail: buero@regina-kittler.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter Tel.: 030 47057520/mobil: 0176 77212140, E-Mail: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

BVV-Fraktion

» Aufgrund der aktuellen Pandemie-Lage ist unser Büro nur montags und donnerstags zwischen 12 und 14 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Bitte beachten Sie weiterhin, dass es bei der Beantwortung Ihrer Anfragen mitunter zu Verzögerungen kommen kann. Wir bitten um Ihr Verständnis.

E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Telefon: 030 902935820 | 0170 8622128 | 0170 5374824. Weitere Infos unter: <https://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/aktuelles/aktuell/>

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Abgeordnetenbüros

» **Petra Pau** (MdB), Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,

12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Unsere	Montag:	10 - 17 Uhr
Öffnungszeiten:	Dienstag:	13 - 17 Uhr
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr
	Freitag:	10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf *links*

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 28.05.2020. **Auslieferung ab 01.06.2021.**

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf *links* wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint am **06.07.2021 (Anlieferung aus Druckerei).**